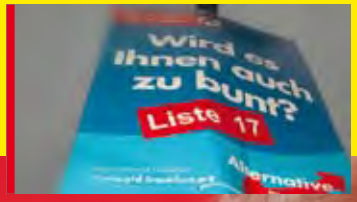
Heft 10-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Susanne Hennig-Wellsow: Linke Politik durchsetzen!

J. Bischoff/B. Müller: Der hiesige Rechtspopulismus



Detlev Hensche: Leiharbeit und Werkverträge

R. Detje/O. König: Textil-Discounter KiK vor Gericht

Forum Gewerkschaften

Elisabeth Abendroth: Mein Vater im Widerstand

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Manfred Coppik (1943-2016)

Am Mittwoch, den 21.9., verstarb im Alter von 72 Jahren Manfred Coppik, der der Arbeit der Zeitschrift Sozialismus nahestand. Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung des Autors den Nachruf, den Tom Strohschneider in der Tageszeitung »neues deutschland« verfasst hat. ...

DIE LINKE: Neuausrichtung der Politik?

In Berlin haben die WählerInnen die rot-schwarze Landesregierung abgewählt. Die beiden sie tragenden Parteien kommen zusammen nur mehr auf rund 39,2% – ein Verlust von etwa 12,4%. Wie schon bei den Landtagswahlen im Frühjahr und Anfang September in Mecklenburg-Vorpommern haben die Rechtspopulisten der AfD auch in Berlin ein zweistelliges Ergebnis erzielt. ...

»Event-betonte« Rassisten

Über ein Jahr nach den rassistischen Ausschreitungen in Freital und Heidenau und gut sechs Monate nach der »Schande« von Clausnitz machten »event-betonte Einheimische«, so der Jargon der örtlichen Polizei, im sächsischen Bautzen Hetzjagd auf Flüchtlinge. ....

Heft Nr. 10 | Oktober 2016 | 43. Jahrgang | Heft Nr. 411

Linke in Schwierigkeiten, Rechtspopulisten auf dem Vormarsch

Hinrich Kuhls:
Die Labour Party vor der Spaltung? 2

Bernhard Sander: Die Tragödie nimmt ihren Lauf
Vorhang frei für den Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich 7

Bernhard Sander: Didier Eribon und
die Niederlage der französischen Linken 10

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Rechtspopulismus in der Berliner Republik 16

Herausforderungen & Hoffnungsträger

U. Duchrow/A. Fisahn/P. Herrmann/S. Ötsch/R. Ptak/P. Wahl:
Flucht und Migration. Herausforderung für emanzipatorische Politik 26

Susanne Hennig-Wellsow: Linke Politik durchsetzen!
Was die rot-rot-grüne Landesregierung in den ersten zwei Jahren
in Thüringen geschafft hat 31

Klaus Bullan: Die Jugend als Hoffnungsträger?
Die Shell- und SINUS-Jugendstudien 2015/2016 36

EU: Die Linke zwischen Baum und Borke

Andreas Fisahn: Neustart der EU? 46

Forum Gewerkschaften

Detlev Hensche: Lehrstück in Sachen symbolischer Politik
Zur »Reform« von Leiharbeit und Werkverträgen 51

Otto König/Richard Detje: Zäher Kampf um Gerechtigkeit
Pakistanische Textil-ArbeiterInnen ziehen gegen deutschen
Textil-Discounter KiK vor Gericht 55

Heinz Bierbaum: Ein leidenschaftlicher Gewerkschafter
Nachruf auf Rudolf Kuda (11.10.1940–19.8.2016) 58

Der Partisanenprofessor im Land der Mitläufer

Elisabeth Abendroth:
Wolfgang Abendroth im Widerstand gegen Hitler 60

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 59
Veranstaltungen & Tipps 68
Marion Fisch: Tschick (Filmkritik) 69

Supplement: Klaus Dörre/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.)
Kapitalismuskritik auf der Höhe der Zeit

Frank Deppe zum 75. Geburtstag. Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Bieling, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Ulrich Brinkmann, Klaus Dörre, Forum Gewerkschaften, Georg Fülberth, Jürgen Harrer, Detlef Hensche, Steffen Lehndorff, André Leisewitz, Leo Meyer, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Jürgen Reusch, Rainer Rilling, Witich Roßmann, David Salomon, Heidi Scharf, Ingar Solty, Sybille Stamm und Hans-Jürgen Urban.

Die Labour Party vor der Spaltung?

von | Hinrich Kuhls

Der vor einem Jahr ins Amt gewählte Vorsitzende der Labour Party, Jeremy Corbyn, ist in seinem Amt bestätigt worden. Der Kapitän bleibt an Bord. Das Resultat der von der großen Mehrheit der Labour-Parlamentsfraktion erzwungenen erneuten Wahl ist eindeutig. Corbyn erhielt 61,8% aller Stimmen, vor einem Jahr waren es 59,5%. Sein Herausforderer Owen Smith ist mit 38,2% gescheitert. Das gegenüber dem Vorjahr verbesserte Stimmenergebnis der Urwahl war am Tag vor dem Labour-Parteitag in Liverpool bekannt gegeben worden.

Auch in diesem Jahr hat Corbyn wie im Vorjahr in allen drei Wahlgruppen die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten: 59% von den stimmberechtigten 343.500 Parteimitgliedern, die vor dem 12. Januar 2016 bereits Mitglied waren (Wahlbeteiligung 80%); 60% aus den Reihen der 168.000 Gewerkschaftsmitglieder, sofern sie affiliierte Individualmitglieder sind; 70% von den 129.000 UnterstützerInnen, die sich für diese Wahl gegen Zahlung von 25 Pfund in die Wahllisten hatten eintragen lassen können, sofern ihre Anträge von der Wahlkommission genehmigt worden waren. Insgesamt waren 640.000 Personen wahlberechtigt.

Die Labour Party befindet sich in einer historisch neuen und schwierigen Situation. Drei Aspekte stehen dabei im Vorder-

grund. Seit ihrer Wahlniederlage bei der Parlamentswahl im Mai 2015 ist sie einer spezifischen Dynamik ausgesetzt, die durch die klare Bestätigung des Sozialisten Corbyn als Partei- und damit Fraktionsvorsitzendem akzentuiert wird. *Innerhalb von 18 Monaten hat sich die Mitgliedschaft verdreifacht*, mit steigender Tendenz nach dem Brexit-Votum. Die Labour Party ist jetzt mit 680.000 Mitgliedern die größte sozialdemokratische Partei und die größte politische Partei in Westeuropa. Schattenkanzler McDonnell geht davon aus, dass Mitte nächsten Jahres die Millionengrenze überschritten werden könnte. Zugleich haben die politischen Differenzen der beiden Hauptflügel dazu geführt, dass sie sich in massiven administrativen Scharmützeln verkeilt haben, die nicht einfach ad acta gelegt werden können. Die Arbeitsweise der Labour-Parlamentsfraktion ist auch nach dem eindeutigen Votum für Corbyn weiterhin offen.

Im Juni hat zudem das Votum der Mehrheit der britischen Wahlbevölkerung für den Austritt aus der Europäischen Union ein Schlaglicht auf die *geschrumpfte Repräsentationskraft* einer Partei geworfen, der es in den Oppositionsjahren seit 2010 nicht gelungen war, einen Erneuerungsprozess zu durchlaufen und Inhalte sowie Erbschaft von New Labour hinter sich zu lassen. Seitens der Mehrheit der Labour-Parlamentsfraktion blieb die Selbstkritik an den Langzeitfolgen einer nur moderat abgefederten Austeritätspolitik von New Labour unter dem hegemonialen Dach des Neoliberalismus aus – auch nach der erneuten Wahlniederlage 2015.

Liverpool – Delegierte auf dem Labour-Parteitag, 25.9.2016 (Foto: dpa)

Zum Thema:

Joachim Bischoff, Hinrich Kuhls, Björn Radke: Brexit – Britannien verlässt die EU. Sozialismus 7/8-2016, S. 22-31.

Hinrich Kuhls: Der Kapitän bleibt vorerst an Bord. Die Krise der britischen Labour Party. Sozialismus Aktuell, 29.6.2016; www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/der-kapitaen-bleibt-vorerst-an-bord/

Hinrich Kuhls: Neugruppierung des politischen Establishments. Regierungswechsel in Großbritannien. Sozialismus Aktuell, 20.7.2016; www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/neugruppierung-des-politischen-establishments/

Die Gesamtpartei wurde zusammen mit dem neoliberalen Flügel der Tories für die Zunahme sozialer Ungleichheit in Haftung genommen und konnte daher mit ihrem Pro-Europa-Wahlkampf gegen die verbreitete Verachtung des politischen Establishments in London und Brüssel und gegen fremdenfeindliche Vorurteile, auf denen die Rechtspopulisten von UKIP und dem europafeindlichen Flügel der Konservativen Partei ihre Exit-Kampagne aufgebaut hatten, bestimmte soziale Schichten nicht mehr erreichen.

Drittens muss sich die politisch heterogene Labour Party in einer Situation erneuern, *in der die Abkehr von den EU-Institutionen auf dem Verhandlungswege vollzogen wird*. Dabei wird sie als Oppositionspartei kaum Gestaltungsmöglichkeiten haben, könnte aber mit den neuen AktivistInnen einen alternativen Politikkurs weiterentwickeln. Dieser bedeutet inhaltlich eine von einer inklusiven Sozialpolitik begleitete Investitions- und Infrastrukturpolitik und methodisch eine Interaktion, die von der Parteibasis getragen wird und die in die Zivilgesellschaft ausstrahlt. Diese Richtungsänderung bliebe allerdings wirkungslos, wenn sie weiterhin vom Anti-Corbyn-Flügel in der Labour-Parlamentsfraktion durch die Fortsetzung einer destruktiven Parteipolitik konterkariert würde und wenn sich die Mehrheit der Fraktion weiterhin einer gemeinsamen Oppositionsarbeit entziehen würde.

Die Parteien nach dem Brexit

In Britannien kommen die politischen Parteien traditionell in den Monaten September und Oktober zu ihren jährlichen Parteitagen zusammen. Drei Monate nach dem Brexit-Referendum, das mit seinen Schockwellen das politische Establishment durcheinander gewirbelt hat, präsentieren sich die drei großen Parteien nach außen hin recht unterschiedlich. Die Labour Party

Hinrich Kuhls, Düsseldorf, arbeitet in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST) mit.

Brexit-Triumvirat: V.l. Liam Fox, Boris Johnson, David Davis, Downing Street, London, 6.9.2016 (Foto: dpa)

bestätigt ihren Vorsitzenden, bietet aber ein Bild völliger Zerstrittenheit. Die United Kingdom Independence Party (UKIP) und die Konservative Partei bestreiten hingegen ihre Parteitage jeweils mit einer neuen Vorsitzenden und zeigen zumindest oberflächlich das Bild einer neu gewonnenen Geschlossenheit.

UKIP

Das Brexit-Votum war ein Sieg der Rechtspopulisten in Britannien und Europa. Als europafeindliche Partei gegründet, scheint UKIP mit dem Erreichen des Ziels »Unabhängigkeit von Europa« ihre raison d'être als Partei verloren zu haben. Der Eindruck wurde durch den schnellen Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Nigel Farage verstärkt, der zusammen mit dem rechtspopulistischen Konservativen Boris Johnson das Aushängeschild der EU-Exit-Kampagne war. Farages Rückzug war aber intern auch mit der Frage verbunden, ob und wie die Mobilisierung dieser Kampagne in eine breitere Sammlungsbewegung transformiert werden könnte.

Sprungbrett hierfür sollte die Unterstützung des rechtspopulistischen Flügels in der Auseinandersetzung um die Nachfolge Camerons als Vorsitzender der Konservativen Partei sein. Diese Einflussnahme von außen war durch geschicktes Agieren der damaligen Kandidatin des neoliberalen Zentrums der Tory-Fraktion und heutigen Premierministerin Theresa May unterbunden worden. Die neue Vorsitzende wurde nicht von den Tory-Mitgliedern in einer Urwahl gewählt, sondern von der Parlamentsfraktion gekürt.

Die Verhandlungen zum Austritt aus der EU und zur Neugestaltung der UK-EU-Beziehungen werden den Rechtspopulisten genügend politische Themen bieten, um ihr Profil als nationalistische Partei zu schärfen. Für die zentrale Frage, wie der Zugang zum EU-Binnenmarkt und vor allem zum Finanzmarkt uneingeschränkt aufrechterhalten und zugleich die volle Personenfreizügigkeit für Arbeitnehmer aus den EU-Staaten eingeschränkt werden kann, zeichnet sich derzeit keine politische Lösung ab, die mit den EU-Verträgen kompatibel ist.

Daher wird die neue UKIP-Vorsitzende Diane James, wie Farage Mitglied des Europaparlaments, genügend Anhaltspunkte finden, um mit dem Pochen auf der vollständigen Umsetzung des Brexit-Votums unter Rückgriff auf fremdenfeindliche Ressentiments den Rückhalt in der britischen Wählerschaft zu verteidigen. Ob es den Rechtspopulisten in den ökonomischen und sozial abgehängten Regionen, vor allem in Nordwest- und Nordostengland, gelingt, ihre Wählerbasis auszuweiten, wird im Kern davon abhängen, ob es umgekehrt die Labour Party schafft, ihre alternative Regionalpolitik im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen inklusiven Wirtschafts- und Sozialpolitik bald programmatisch auszuarbeiten und in den Kommunen plausibel zu machen.

Tories

In der Retrospektive stellt sich die Neugruppierung des aus den Fugen geratenen konservativen Establishments nach dem Rücktritt von Premierminister David Cameron – die Niederlegung seines Parlamentsmandats Anfang September wurde nur noch in wenigen Medien ausführlicher kommentiert – als ein einfaches politisches Manöver dar. Dieser Eindruck ist einerseits durch die scharfen Auseinandersetzungen in der Labour Party entstanden, die die ersten Monate der Regierung May begleitet haben. Andererseits ist Theresa May mit der Vermeidung einer Neuwahl der Parteivorsitzenden durch die Parteimitglieder und mit der Einbindung ihrer rechtspopulistischen Konkurrenten in herausgehobenen Regierungspositionen (Andrea Leadsom, Boris Johnson) eine vorläufige Eindämmung des Richtungsstreits in der Konservativen Partei gelungen.

Doch nach dem Brexit-Votum und vor dem EU-Austritt stehen unabwendbar die Brexit-Verhandlungen an. Die Einleitung des Austrittsverfahrens nach Art. 50 EU-Vertrag wird sich nicht dauerhaft verschieben lassen. Irgendwann Anfang 2017 muss der Verhandlungstross rekrutiert sein und müssen die inoffiziellen Vorgespräche, auch mit Nicht-EU-Staaten, über die künftigen Handelsbeziehungen in den Status offizieller Gespräche erhoben werden.

Die Verantwortung für die Detailarbeit zur Vorbereitung dieser Verhandlungen hat May einem Triumvirat (Außenminister Boris Johnson, Außenhandelsminister Liam Fox und Brexit-Minister David Davis) übertragen, das sich aus einer europafeindlichen Position heraus in der EU-Austrittskampagne vehement engagiert hatte. Zugleich versucht sie die bevorstehenden Verhandlungen mit der Etablierung eines Projekts einer sozial-autoritären, an konservativen Werten orientierten Erneuerung der Gesellschaft zu flankieren, was die Stärkung des Staats – sowohl seiner autoritären als auch seiner sozialstaatlichen Elemente – voraussetzt. Ohne eine grundlegende Abkehr vom Gesellschaftsmodell der Austerität werden jedoch weder die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur noch eine weniger zerstörerische Sozialpolitik zu finanzieren sein.

Solange nicht öffentlich über Detailfragen zur Ausgestaltung des EU-Austritts debattiert wird, dürfte es der Premierministerin gelingen, die zur Schau gestellte Geschlossenheit und Zuversicht der Konservativen für einige politische Weichenstellungen zu nutzen. Wie ernst es mit der Neuorientierung – einer Revision der Wirtschaftsstrategie mit einer leichten Lockerung der Austerität – gemeint ist, wird sich Anfang November an der Vorlage des Herbst-Zwischenbudgets ablesen lassen, wenn der Ausgabenrahmen für das kommende Jahr umrissen wird. Interessant wird ebenfalls sein, wie die sich abzeichnenden weiteren Eintrübungen der Konjunkturentwicklung von konservativer Seite bewertet werden.

Labour Party

Am heftigsten und längsten haben die Schockwellen des Brexit-Votums die Labour Party getroffen. Schon gegen Ende der Referendumskampagne war aus dem Lager der Blairisten und Zentristen Jeremy Corbyn vorgeworfen worden, er würde sich nicht rückhaltlos für den Verbleib in der EU einsetzen. Das ist nachweislich falsch, was durch Äußerungen Corbyns dokumentiert und durch seine vielen Auftritte während der offiziellen Kampagnenzeit belegt ist. Hinter dem Vorwurf aus den Reihen der Fraktionsmehrheit stand ein – nicht ausgesprochener – inhaltlicher Dissens zur europapolitischen Position »Bleiben und Reformieren« ihres Parteivorsitzenden und eine umso lauter geforderte symbolpolitische Geste: ein gemeinsamer Auftritt des Oppositionsführers mit Premierminister Cameron, der das EU-Referendum letztlich aus parteitaktischen Gründen herbeigeredet hatte.

Ein Auftritt Corbyns an der Seite Camerons hätte jedoch der von ihm vorgetragenen Kritik an der neoliberalen Austeritätspolitik und der zunehmend fremdenfeindlich ausgerichteten Europapolitik der konservativen Regierung die Spitze abgebrochen. Der Schulterschluss hätte seine Anti-Austeritäts-Politik und sein politisches Essential, die Basis in die Entscheidungsprozesse der Partei und die interessierte Bevölkerung in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubeziehen, dauerhaft unterminiert, auch wenn das Referendum anders entschieden worden wäre. Zugleich wäre die wirtschafts-, sozial- und europapolitische Position von New Labour implizit gebilligt worden, ohne dass von Corbyns innerparteilichen Kontrahenten auch nur im Ansatz eine Korrektur der gescheiterten neoliberalen Politik mit sozialdemokratischem Antlitz hätte formuliert werden müssen.

Der Vorsitzende, der auf die Erneuerung der Partei drängt, wäre doppelt blamiert gewesen. Er hätte in der entscheidenden Frage des Verbleibs des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union auf eine unabhängige Position jenseits neoliberaler Hegemonie verzichtet und sich zugleich in den alten Konsens einer von New Labour geprägten Politik einbinden lassen. Corbyn hat auf die Retourkutsche verzichtet, dass mit einem stärkeren Engagement – verbunden mit einem austeritätskritischen Blick auf Europa – in der Kampagne »Labour in for Britain« seitens seiner vielen innerparteilichen Kritiker das Rad der Geschichte mit einem Votum für den Verbleib in der EU sehr wohl in die andere Richtung hätte gedreht werden können.

Die Medien hatten die nicht begründeten Vorbehalte gegenüber Corbyn in ihre seit seiner Wahl zum Vorsitzenden überwiegend negativen, teils gehässigen Berichterstattung eingebaut. Nicht Cameron, sondern Corbyn wurde als Verantwortlicher für das Brexit-Votum hingestellt. Das beeindruckte auch die Mitglieder, die in Labours Economic Advisory Committee berufen worden waren. Thomas Piketty hatte sich Mitte Juni wegen Überlastung verabschiedet, David Blanchflower trat zurück, fünf weitere Mitglieder – Diane Elson, Mariana Mazzucato, Anastasia Nesvetailova, Ann Pettifor, Simon Wren-Lewis – »suspendierten« am 28.6. ihre Mitarbeit mit einer merkwürdig akademisch anmutenden Begründung.

Corbyns Weigerung, sich der europapolitischen Position der Mehrheit der Parlamentsfraktion zu unterwerfen, war unmittelbar nach dem Brexit-Votum Ausgangspunkt für die Inszenierung von vielen Rücktritten aus dem Fraktionsvorstand, die dann mit dem Misstrauensvotum von 172 Abgeordneten, also über drei Viertel der Fraktionsmitglieder, und der Erzwingung einer Neuwahl des Vorsitzenden endete.

Außer dem Vorwurf des mangelnden Einsatzes für die Pro-Europa-Kampagne musste noch das Argument herhalten, mit Corbyn lasse sich keine Wahl gewinnen. Auch hierfür gab es bis dato keinen empirischen Beleg, im Gegenteil. Bei den wenigen Unterhaus-Nachwahlen konnte Labour seine Wahlkreise verteidigen, die Kommunalwahlen zeigten leichte Zuwächse, kurz vor dem Referendum hatten Corbyn und Labour in Meinungsumfragen fast zu Cameron und den Konservativen aufgeschlossen, was den Parteiführungen vor Corbyns Wahl über zehn Jahre hinweg nicht mehr gelungen war. Makaber wird es, wenn aus der Fraktionsmehrheit heraus, nachdem nach ihren massiven, nicht begründeten Angriffen auf ihren Vorsitzenden die Umfragewerte rapide gesunken sind, weiterhin das Scheinargument bemüht wird, mit dem derzeitigen Vorsitzenden seien keine Wahlen zu gewinnen.

Der organisatorische Ablauf und das Prozedere der Wahl waren heftig umstritten, die Gerichte mussten bemüht werden. Der gravierendste administrative Eingriff war sicherlich das vom Parteivorstand verhängte Verbot, während der Wahlkampagne Parteiversammlungen abzuhalten. Dennoch ließen sich die meisten Basisorganisationen nicht davon abhalten, ein offizielles Unterstützungsvotum für die Kandidaten abzugeben, überwiegend zugunsten von Corbyn.

In dieser Situation boten die Versammlungen der sozialen Bewegung Momentum, die vor einem Jahr gegründet wurde und in der heute etwa 30.000 AktivistInnen organisiert sind, eine organisatorische Stütze für das Team Corbyn. Die Bemühungen der Zentristen, mit »Save Labour« eine Gegenbewegung aufzustellen und UnterstützerInnen für die Wahl Owens zu gewinnen, konnten da nicht mithalten. Im Laufe der gemeinsamen Wahlveranstaltungen stellte sich heraus, dass der Herausforderer Owen Smith, auf den sich die Fraktion nach einigem Hickhack geeinigt hatte, in allen Politikfeldern keinen Dissens mit der Politik Corbyns anmeldete – bis auf die Fragen der Militäreinsätze in Syrien und der Beibehaltung der Nuklearwaffen. Aber genau bei diesen Fragen hatte in der parlamentarischen Debatte der Fraktionsvorsitzende auf seine Richtlinienkompetenz verzichtet und hatte kein Veto dagegen eingelegt, dass etliche Labour-Abgeordnete in diesen Fragen die konservative Regierung unterstützten.

So verdichtete sich bis zur Bekanntgabe des glanzvollen Resultats, mit dem Corbyn wiedergewählt worden ist, der Eindruck, dass es seinen Opponenten nicht in erster Linie um seine Abwahl, sondern um die Erschütterung seiner Position als Vorsitzender ging, dessen Erneuerungskurs von einer breiten Parteibasis getragen wird. Bei einem schlechteren Ergebnis als im letzten Jahr oder bei einer knappen Entscheidung hätte sich die Geschichte vom Vorsitzenden, der keine Wahlen gewinnen kann, weiter fortspinnen lassen, ohne sich mit Corbyns politischen Vorschlägen inhaltlich auseinanderzusetzen. Dieser Versuch ist jetzt kläglich gescheitert.

Wie kann es mit Labour weitergehen?

Warum lassen sich erfahrene Parlamentarier und etliche nicht weniger erfahrene Parteigranden auf ein solches Manöver ein? Sicherlich ist es zu kurz gegriffen, auf die noch von Cameron eingeleitete Wahlkreisreform zu verweisen, die bei der nächsten Parlamentswahl greifen soll. Die Wahlkreise sollen von 650 auf 600 reduziert werden, in England von 533 auf 501. Zugleich sollen sie neu zugeschnitten werden, die wenigsten Wahlkreise bleiben unverändert. Weil sich in der Labour Party aber Abgeordnete vor Neuwahlen nicht einer erneuten Kandidatenkür stellen müssen, bekommt die Wahlkreisänderung ein bestimmtes Gewicht: Da es bei neu zugeschnittenen Wahlkreisen auf der Hand liegt, dass die Parteibasis BewerberInnen für diese Wahlkreise neu auswählt, was von den vielen jetzigen MandatsinhaberInnen als nicht satzungsgemäße »Deselection« abzuwehren versucht wird. Das Verfahren ist noch offen, auf jeden Fall werden die BewerberInnen auf eine selbstbewusstere Basis treffen. Die Balance von lokalen Parteiorganisationen und Parlamentsfraktion wird umgewichtet.

Der Kern der Auseinandersetzung der Mehrheitsfraktion mit ihrem Vorsitzenden sind politische Differenzen, deren Klärung die meisten ParlamentarierInnen ausgewichen sind. Die Schlussfolgerung des Debakels, ihren Vorsitzenden per Abwahl loszuwerden, lautet: Ein Waffenstillstand reicht nicht, es muss eine programmatische Alternative zur Politik Corbyns vorgelegt werden, und zwar der stark angewachsenen Parteibasis – so die einsichtigeren Kommentare in den Medien. Sofern diese Arbeit nicht gänzlich als Opposition in der Opposition ausgeführt wird, wie es aus den Reihen von Corbyns Vorgänger Ed Miliband gefordert wird, wäre damit zumindest die Blockade einer inhaltlichen Oppositionsarbeit gelockert.

John McDonnell, der die Wahlkampagne des Team Corbyn organisiert hat, ist da ein Stück weiter. Er sieht Labour mit dem Anti-Austeritätskurs auch deswegen auf dem richtigen Weg, weil die neue Premierministerin sofort für die Haushaltspolitik des bisherigen Finanzministers Osborne eine Revision in Auftrag gegeben hat. Es sei schon interessant, dass sich die Regierung »unserer Agenda annähert. Auf der Ebene der Fakten haben wir immer die Oberhand. Aber wir überzeugen nicht mit unserem Narrativ. Doch das Narrativ sticht die Fakten aus. Uns war eine klare und konsistente Erzählung abhanden gekommen, deshalb mussten wir wieder fast bei Null anfangen.« (The Oberserver, 25.9.16) Die Labour Party komme nicht umhin, ihr Eintreten für Investitionen und Umverteilung des Reichtums in einer Sprache vorzutragen, die von den Menschen verstanden wird. Das sei die Herausforderung der nächsten Monate, auch unter dem Gesichtspunkt, dass May sich für ihre Verhandlungsführung mit der EU ihr Mandat durch vorzeitige Parlamentswahlen bestätigen lassen wolle.

Für das »Team Corbyn« steht dabei im Vordergrund, die unterbrochene Arbeit an der programmatischen Umsetzung des Kurswechsels fortzusetzen. Wie die Beteiligung der Fraktionsmehrheit an der Oppositionsarbeit aussieht, ist zum Zeitpunkt des Labour-Parteitags offen – genauso wie die Frage, ob bei den nächsten Wahlen zum britischen Parlament irgendwann zwischen Mai 2017 und Mai 2020 die Fraktion in ihrem jetzigen Umfang für Labour in den Wahlkampf ziehen wird oder nicht.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

◻ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

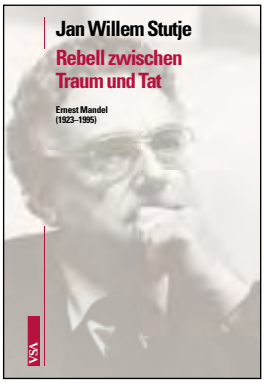
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de